

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

3. Ausgabe / 19. Jahrgang

Für Halle

10. Februar 2009

Aus der Stadtratssitzung vom 28. Januar 2009

Die „Bild-Zeitung“ schrieb am 30.01.2009 „Verzockt Szabados Halles guten Ruf?“ Nun muss man den Inhalten der Artikel in der Bild-Zeitung nicht immer alles glauben, aber diese Frage scheint mal zu stimmen! Diesmal stand im nicht öffentlichen Teil der Widerspruch gegen den Stadtratsbeschluss „Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE. zum Vertrag mit der VNG Verbundnetz Gas Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH“. Dem Widerspruch der Oberbürgermeisterin wurde auch diesmal nicht die Mehrheit des Stadtrates gegeben! Nun werden wir sehen, wie diese „Geschichte“ weitergeht. Frau Szabados beruft sich auf die Tatsache, dass der Aufsichtsrat bereits sein Votum für den Verkauf der VNG-Anteile gegeben hat (siehe Dezember-Stadtratssitzung). Mit dem Votum des Stadtrates hat sich quasi eine Mehrheit gegen den Verkauf ausgesprochen. Es bleibt abzuwarten, ob Frau OB nun wieder einen Widerspruch einbringt. Ein weiterer Widerspruch der OB gegen den Stadtratsbeschluss „Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale)“ stand auf der Tagesordnung. Auch dieser Widerspruch der OB fand keine Mehrheit. Frau OB hat auch hier angekündigt, in die nächste Instanz zu gehen und den Widerspruch aufrechtzuer-

halten.

Hintergrund für diesen Streit zwischen Verwaltung und Stadtrat sind - aus Sicht der Mehrheit der Stadträte - zu hoch angesetzte Müllgebühren. Auf der Grundlage einer Klage, die Stadtrat Werner Misch gegen die bisherige Müllgebührensatzung führte und erfolgreich war, hatte der Finanzausschuss bereits beschlossen, zumindest einen Teil der zu viel eingenommenen Gebühren den Bürgern in Form der Abgabensenkung zu erstatten. Der Widerspruch der OB richtet sich gegen das Mitwirkungsverbot von Herrn Misch, der an der Abstimmung teilgenommen hatte.

Die Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14... wurde von der Verwaltung zurückgezogen, weil noch Anfragen aus Fachausschüssen zu beantworten sind.

Ohne Diskussion wurden der Wirtschaftsplan für den Eigenbetrieb Zentrales Gebäude Management und der Wirtschaftsplan 2009 des Eigenbetriebes Kindertragestätten beschlossen. Auch mehrere Vorlagen zur Einziehung von Parkplätzen und Teilstrecken von Straßen auf der Silberhöhe gingen ohne Diskussion in die Abstimmung.

Der Antrag unserer Fraktion zur Änderung des Halle-Passes wur-

de in den Finanz- sowie Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss verwiesen. Die Stellungnahme der Verwaltung sagte aus, dass sie dem Antrag im Moment nicht zustimmen können, weil sich die Stadt derzeit noch in der Haushaltskonsolidierung befindet. Nun ist etwas Zeit gegeben, sich mit dem Antrag in den Fachausschüssen zu verständigen. Mit unserem Antrag wollen wir erreichen, dass Personen in Bedarfsgemeinschaften, die Wohngeld beziehen, auch einen Anspruch auf den Halle-Pass haben. Mit der Novellierung des Wohngeldgesetzes weitet sich der Kreis der Wohngeldberechtigten aus. In vielen Fällen wird das Wohngeld die aufstockenden KdU-Leistungen abdecken, so dass diese Personen aus dem Leistungsbezug herausfallen und auch den Anspruch auf den Halle-Pass verlieren, obwohl die Einkommenssituation sich kaum verändert hat. Betroffen wären vor allem Kinder! Mit den Ergänzungen, die wir einfordern, würde sichergestellt sein, dass es keine Erweiterung des berechtigten Personenkreises für den Halle-Pass gibt. Finanzielle Auswirkungen sind deshalb nicht zu erwarten!

Wir warten jetzt auf die Abstimmungen in den Ausschüssen und dann im Stadtrat!

Ute Haupt, Stadträtin

DIE LINKE zur Wahl - Original sozial!

Ergebnisse der Klausurtagung des Landesvorstandes und der Landtagsfraktion am 24./25.01.09

Die Landtagswahl in Hessen war erfolgreicher Auftakt für DIE LINKE in das Superwahljahr 2009. Mit den anstehenden Entscheidungen in mehreren Kommunal- und Landtagswahlen, den Wahlen zum Europäischen Parlament und zum Bundestag werden langfristige Weichen gestellt.

2009 wird ein Jahr der Richtungsentscheidungen.

Die Politik hat in der Finanz- und Wirtschaftskrise zu bereits verloren gegangen geglaubter Sprache zurückgefunden, staatliche Steuerung statt radikaler Marktgläubigkeit sei jetzt wieder an der Tagesordnung. Aber Umdenken, wenn es denn ernst gemeint ist, kann nur der erste Schritt sein, DIE LINKE will auch spürbar handeln. Nachhaltiges Gegensteuern wird allerdings nur gelingen, wenn die Ursachen der Krise, vor allem die in den letzten Jahren forcierte Deregulierung des Finanzmarktes, angegangen werden.

DIE LINKE fordert ein zusätzliches Landeskonjunkturprogramm, das den speziellen Lagen und Bedürfnissen in Sachsen-Anhalt gerecht wird. Wir sehen unsere Aufgabe vor allem darin, in der aktuellen Krise die Interessen der von Löhnen und Sozialleistungen lebenden Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Der Anteil von Geringverdienern, auf Transferleistungen Angewiesenen und Rentnern ist in Sachsen-Anhalt besonders hoch. Diesen Bevölkerungsgruppen nutzen Steuererleichterungen und Abwrackprämien wenig bis nichts. Wir

halten deshalb die Ergänzung des Konjunkturprogramms des Bundes, das vor allem auf die Stützung bestimmter Branchen zielt, für notwendig. Unsere Vorschläge zielen sowohl auf eine Verbesserung der finanziellen Situation von Familien und einkommensschwachen Menschen als auch der Kommunen.

Am 7. Juni 2009 finden in Sachsen-Anhalt die Kommunal- und Europawahlen statt. Wir wollen durch unseren klaren Schwerpunkt auf solidarische und gerechte Politik möglichst viele Menschen motivieren, sich an den Wahlen und damit an den Entscheidungen über ihre Zukunft zu beteiligen.

DIE LINKE steht für den Politikwechsel hin zu solidarischer Verantwortung und Gerechtigkeit, für ein Leben in Würde, für gute Arbeit und gute Löhne, gegen Hartz IV und gegen die Rente erst ab 67, für eine ökologische Erneuerung und mehr demokratische Teilhabe. Europa und die Kommune sind als politische Ebenen längst nicht mehr unabhängig voneinander. Energie- und Wasserversorgung, Preise und Gebühren, Dienstleistungs- und Arbeitszeitrichtlinien, Verbraucherschutz und Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft - all das hat konkrete Auswirkungen auf die Situation vor Ort. Europäische Politiken wirken tief in die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. In der Kommune genauso wie im Land und im Bund. DIE LINKE kämpft für gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Menschen, in Sachsen-Anhalt und in

Europa insgesamt. Wir sehen unsere Arbeit im europäischen Parlament, im Bundestag, den Landtagen und in der Kommune als eine Einheit.

DIE LINKE will eine europäische Verfassung, die sich zu zivilen Konfliktlösungen und Abrüstung verpflichtet, eine Verfassung, die Demokratie und Menschenrechte für alle verankert, eine Verfassung, die die Umwelt und Kultur schützt, eine Verfassung, die wirtschaftlich neutral ist und die soziale Rechte verankert, um Armut und Ausgrenzung zu verhindern. Unser Nein zum Vertrag von Lissabon war die Ablehnung von ungebremster Wirtschafts deregulierung, Militarisierung und aggressiver Abschottungspolitik.

Alternative Landesentwicklung in Sachsen-Anhalt Perspektiven zum „Hier bleiben“

Kein anderes Bundesland ist so stark von Abwanderung betroffen wie Sachsen-Anhalt. Fast eine Million Bürgerinnen und Bürger haben Sachsen-Anhalt seit 1990 verlassen, unterm Strich bleibt ein Wanderungsverlust von knapp 250.000 Menschen. Dies betrifft zum großen Teil junge und gut qualifizierte Menschen, vor allem junge Frauen. Der demografische Wandel vollzieht sich hier besonders rasch. Unter diesen Bedingungen hat für uns eine Politik Vorrang, die ermöglicht, dass mehr Menschen hier leben und arbeiten können.

Gut ausgebildete Lehrerinnen und

Lehrer verlassen nach ihrem Studium unser Bundesland, weil keine Stelle für sie zur Verfügung steht. Dabei droht in wenigen Jahren Lehrermangel in Sachsen-Anhalt eine absurde Situation. DIE LINKE kämpft im Landesparlament für einen verbreiterten Einstellungskorridor im öffentlichen Dienst. Sachsen-Anhalt braucht Lehrer, Verwaltungsfachkräfte und Polizisten - Absolventen und Fachleute brauchen eine Perspektive, um ihr Leben hier aufbauen zu können. DIE LINKE hält es für erforderlich, für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 Einstellungen in den öffentlichen Dienst vorzuziehen und somit 700 Neueinstellungen pro Jahr zu ermöglichen.

Demokratie in der Krise

Wir wollen die Demokratie stärken - wir setzen gerade in der Krise auf die lebendige und tolerante Bürgerkommune. Politische Beteiligung heißt soziale Beteiligung, das soziale Auseinanderdriften einer Gesellschaft bedroht auch deren demokratisches Gefüge. Beteiligung muss man sich leisten können, ob das den Kita-Platz, die Zeitung und die Bibliotheksnutzung, Fahrtkosten oder Theaterkarten betrifft. Das demokratische Gefüge braucht Mündigkeit. Menschen, die sich ohnmächtig gegenüber politischen Entscheidungen fühlen, werden sich kein Bein für eine Demokratie ausreißen, von der sie sich selbst nicht repräsentiert fühlen.

Für die Einführung des Bürgerhaushaltes wirbt DIE LINKE in Sachsen-Anhalt. Das gemeinsame, bürgerschaftliche Entscheiden über die Budgets einer Kommune ist

mehr als das Verwalten des Mangels und mehr als ein Haushalt, den man im Internet lesen kann. Es geht um die Diskussion von Prioritäten und Notwendigkeiten, auch und gerade um Druck für Veränderung. Leere Kassen lassen sich nicht verwaltungstechnisch bekämpfen, sie müssen zu einer anderen Politik führen. Wir wollen im Bund konjunkturunempfindliche Abgaben wie die Vermögensteuer, die Erbschaftsteuer und die Börsenumsatzsteuer erhöhen. Solche Maßnahmen sind keine Luftschlösser, sondern sie würden die deutsche Steuer- und Abgabenquote wieder auf den EU-Durchschnitt heben.

Für uns ist der Bürgerhaushalt ein Baustein zu einer Demokratisierung der Gesellschaft, die auf mehr Instrumente der direkten Demokratie vertraut. Über eine Verfassung der Europäischen Union müssen Bürgerinnen und Bürger direkt per Volksentscheid auch in Deutschland entscheiden können. Die von CDU und FDP in der letzten Legislaturperiode durchgesetzte Kreisgebietsreform hatte vorgeblich auch eine effizientere Verwaltung zum Ziel. Keine Gebietsreform ohne Funktionalreform hieß es. Hier hat die jetzige Landesregierung in Sachsen-Anhalt auf ganzer Strecke versagt.

Die Zahl der Landkreise und kreisfreien Städte hat sich von 24 auf 14 verringert. Größere Verwaltungseinheiten können aber auch bedeuten, dass Entscheidungsmöglichkeiten vor Ort beschnitten werden. Dieser Umbau erfordert daher ein hohes Engagement von Kommunalpolitikerinnen und

Kommunalpolitikern, dem durch eine Verbesserung der Bedingungen für ehrenamtliche Arbeit und die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung Rechnung getragen werden muss.

Wir setzen uns für die Förderung und Unterstützung einer pluralen Vereins- und Verbandslandschaft ein. Bürgerschaftliches Engagement ist Ausdruck einer sozialen Bürgergesellschaft.

Im Rahmen der Neuordnung der Sportförderung setzen wir uns dafür ein, dass vor allem die Arbeit der Vereine vor Ort gestärkt wird, insbesondere sind die Bedingungen für Übungsleiterinnen und Übungsleiter zu verbessern.

Armut bekämpfen!

DIE LINKE findet sich nicht damit ab, dass Menschen in Armut leben. Gute Arbeit, gute Rente - für viele hier nach 20 Jahren deutscher Einheit keine Realität. Vor allem Alleinerziehende, kinderreiche Familien und Rentnerinnen sind von Armut betroffen, ein fataler Befund in einer älter werdenden Gesellschaft. DIE LINKE ist für ein Landesprogramm, das die Mittel für Familien- und Sozialpässe konsequent an die Kommunen ausreicht. Die Unterstützung der Familien muss dort geschehen, wo diese leben. Vor Ort kann am besten über die Vergünstigungen für den Besuch der Schwimmhalle, der Bibliothek oder des Museums entschieden werden. Sozialtickets sollten über Ermäßigungen die Benutzung von Bus und Bahn für alle ermöglichen.

Die Kommunen brauchen flexible Möglichkeiten bei der Gestaltung sozial gerechter Kita-Beiträ-

ge ohne großen Verwaltungsaufwand. Hier ist die Änderung des Landesrechtes notwendig. Viele Kinder sind zudem aus finanziellen Gründen von einer Mittagsversorgung an den Kindertagesstätten und Schulen ausgeschlossen. DIE LINKE fordert darum eine Kostenübernahme für Kindertagesstätten und Grundschulen durch das Land.

DIE LINKE bleibt bei ihrer Forderung nach einer schnellstmöglichen Befreiung aller Schülerinnen und Schüler von den Kosten der Schülerbeförderung.

Ausgewogene Entwicklung in allen Regionen

DIE LINKE kämpft für gleichwertige Lebensverhältnisse überall in Sachsen-Anhalt, für Familienförderung und soziale Netzwerke, eine gute medizinische Versorgung und kulturelle Angebote auch in ländlichen Räumen, für einen leistungsfähigen Nahverkehr. Im Mittelpunkt steht für uns die Zukunft der Öffentlichen Daseinsvorsorge. Dies muss unter den Bedingungen einer älter werdenden und schrumpfenden Bevölkerung realisiert werden. Mit der Planung der Schulstandorte, der Ausstattung mit sozialen und kulturellen Einrichtungen, von ausreichender medizinischer Versorgung und eines nutzerfreundlichen öffentlichen Nahverkehrs und der Herstellung von Barrierefreiheit muss bereits heute begonnen werden. DIE LINKE stellt im Jahr 2009 auf zahlreichen regionalen Foren sowie in Fachgesprächen mit Experten und Betroffenen ihr „Leitbild zur räumlichen Gliederung der Öffentlichen Daseinsvorsorge“ zur Diskussion.

Wir müssen gemeinsam entscheiden, wofür öffentliche Mittel in den nächsten Jahren eingesetzt werden sollen. Wir wollen die Sachsen-Anhalter aktiv an der Entscheidung über unser Land beteiligen.

Unser Maßstab für die Landesentwicklung ist der Mensch. Die Entfernungen zur nächsten Einkaufsmöglichkeit bewertet z.B. ein gut verdienender Alleinstehender anders als eine Hartz-IV-Empfängerin. Frauen und Männer fragen unterschiedliche kulturelle Angebote nach, unterschiedliche Generationen haben unterschiedliche Interessenschwerpunkte. Das gilt es zu berücksichtigen, wenn von Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse die Rede ist.

Eine neue Gemeindefinanzierung!

DIE LINKE geht von einem Zusammenspiel aus Ober- und Mittelzentren und grundzentralen Versorgungsräumen aus. Die zwei zusätzlichen Oberzentren Halberstadt und Stendal sollen gemeinsam mit den jetzigen - Halle, Magdeburg und Dessau-Roßlau - eine ausgewogene Entwicklung aller Regionen ermöglichen. Gleichzeitig sollten die neu gebildeten Einheitsgemeinden als grundzentrale Versorgungsräume eigenständig über ihre (Verwaltungs) Strukturen bestimmen. Politik darf hier nicht überregulieren.

Überragende Bedeutung kommt der Neugestaltung des kommunalen Finanzausgleichs zu. Für DIE LINKE erfordert die Aufgabenerfüllung in der Kommune zunächst eine finanzielle Grundausstattung (Sockelbetrag), die nicht an der Einwohnerzahl allein festzumachen

ist.

In den vergangenen Jahren hat sich der Landeshaushalt im Wesentlichen auf Kosten der Gemeinden stabilisiert, damit muss Schluss sein. Der Verkauf von kommunalem Eigentum darf nicht mehr als Mittel der Haushaltskonsolidierung gelten. Dennoch sind die Finanzsorgen der Städte und Gemeinden real. Die geplanten Hilfen für kommunale Investitionen im Konjunkturprogramm des Bundes geraten zur Farce, wenn die finanzschwachen Kommunen zu einem Eigenanteil gezwungen werden. Darum muss sich das Land zu seiner Kofinanzierungspflicht bekennen und auf Anteile der Kommunen weitgehend verzichten. DIE LINKE plädiert daneben für eine unbürokratische Pauschalierung dieser Mittel ähnlich der herkömmlichen Invest-Pauschale.

Investition in Innovation!

Die gegenwärtige Situation zeigt: Eine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung ist immer noch in weiter Ferne. Hinzu kommt, dass Arbeitnehmer in prekären Beschäftigungsverhältnissen, in der Zeitarbeit und im Niedriglohnsektor zu den ersten Verlierern in der Rezession gehören. DIE LINKE kritisiert seit Langem die Niedriglohnpolitik, die die Bundesregierung in den ostdeutschen Ländern forciert hat.

DIE LINKE hat deshalb zusammen mit den Gewerkschaften die Diskussion über die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes initiiert. Wir sind auch für einen Paradigmenwechsel in der öffentlichen Beschäftigungspolitik. Die Mittel für Maßnahmen im Regel-

kreis SGB II wollen wir zur Schaffung existenzsichernder und sozialversicherungspflichtiger öffentlicher Beschäftigung, wie dem Kommunalkombi mit Mindestlohn einsetzen. Mit entsprechender Landesbeteiligung können nach unseren Berechnungen 2.500 Arbeitsplätze geschaffen werden.

Öffentliche Aufträge sollten nur an Unternehmen gehen, die Tariflöhne zahlen. Um dies durchzusetzen, ist eine einheitliche Regelung auf europäischer Ebene notwendig. Kommunale Unternehmen sind für die öffentliche Daseinsvorsorge unerlässlich. Ihre Wettbewerbschancen wurden - maßgeblich durch CDU und FDP vorangetrieben - seit 2002 im Land eingeschränkt. DIE LINKE hat darum im Landtag ein Gesetz zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für alle kommunalen Unternehmen eingebracht.

Investitionen der öffentlichen Hand müssen sich auf die Bereiche konzentrieren, die langfristige Effekte für das Gemeinwohl garantieren. Wer jetzt in den Bildungsbereich und in ökologische Erneuerung investiert, fördert Zukunft. Sachsen-Anhalt als Hochschulstandort ist wie geschaffen für innovative Forschungsvorhaben und eine Ansiedlungspolitik, die auf umweltschonende und zukunftsfähige Technologien setzt.

Bildung für alle!

DIE LINKE kämpft für ein gerechtes Bildungssystem, das die Fähigkeiten und Potenziale jeder Schülerin und jedes Schülers, der Auszubildenden und der Studierenden ernst nimmt. Chancen von Kindern dürfen im 21. Jahrhundert

nicht mehr vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Wir wollen bessere Chancen von Anfang an, ganztägige Bildung muss für alle Kinder in Kindertagesstätten ermöglicht werden. Parallel dazu wollen wir die Akademisierung der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern erreichen.

DIE LINKE wirbt für die Gemeinschaftsschule. Die soziale Spaltung durch das dreigliedrige Schulsystem ist nicht nur ungerecht, sie wird dem Einzelnen nicht gerecht, sie beschneidet Erfahrungen und Entwicklungsmöglichkeiten. Es darf keinen jungen Erwachsenen mehr ohne Bildungsabschluss geben. Im Rahmen der Konjunktur belebenden Maßnahmen schlägt DIE LINKE vor, an alle Schulträger einmalig eine Pauschale von 50 Euro pro Schüler zur Anschaffung von Lehr- und Lernmitteln auszureichen. Damit könnten kurzfristig dringend benötigte Investitionen in die Verbesserung der Lehr- und Lernbedingungen an den Schulen des Landes getätigt werden.

Wir wollen bessere und stabile Studienbedingungen an den Hochschulen Sachsen-Anhalts. Für alle zugänglich sind sie nur, wenn das Studium gebührenfrei bleibt. Die neuen Studienabschlüsse Bachelor und Master haben die großen Probleme der Hochschulen offenbart. Sie können die nötige intensive Betreuung der Studierenden unter den jetzigen Voraussetzungen nicht leisten. Die damit unter dem Stichwort Bolognaprozess angestrebte Harmonisierung der europäischen Studienabschlüsse bleibt so im Moment mehr Experiment auf dem Rücken der Studierenden und des

Hochschulpersonals als Konzept. Hier muss investiert werden, vor allem in eine bessere Lehre durch Stärkung des akademischen Mittelbaus, in Hochschuldidaktik, in einen höheren Betreuungsschlüssel zwischen Dozenten und Studierenden. Die demokratischen Mitbestimmungsrechte müssen in allen Bildungsbereichen, insbesondere an den Hochschulen, gestärkt werden. Die Verbesserung von wissenschaftlichen Berufsperspektiven von Frauen wäre ein Angebot gegen die Abwanderung gut qualifizierter Akademikerinnen.

Wählen gehen am 7. Juni 2009 -

Keine Stimme für Nazis!

Eine geringe Wahlbeteiligung hilft den Rechten. Schon wenige Stimmen reichen gerade auf der kommunalen Ebene bereits für zweifelhafte Erfolge. Ihr Griff in die nationalistische Mottenkiste der Vergangenheit bedeutet damals wie heute Gewalt und Ausgrenzung. Es gilt zu verhindern, dass sich die Rechten weiter in den kommunalen Gremien breitmachen, dass auch noch der Gemeinderat zur rechtsextremen Bühne wird - für Beleidigung, Provokation und maßlose Selbstdarstellung durch die Rechten.

Gleichzeitig ist die Kommune zentraler Handlungsort gegen Rechts. Keine Vermietung kommunaler Räumlichkeiten an Neonazis, keine Diskussionsveranstaltungen mit Rechtsextremen, keinerlei parlamentarische Zusammenarbeit mit ihnen, stattdessen Schutz und Hilfe für Opfer fremdenfeindlicher Angriffe, Aufbau von Jugendarbeit, Sozialberatung, multikulturellen

Zentren, Erhalt und Pflege antifaschistischer Gedenkstätten und die offensive Auseinandersetzung mit neofaschistischem Gedankengut - Kommunalpolitik der LINKEN steht gemeinsam mit vielen anderen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.

Die Förderprogramme gegen Rechts mit ihren lokalen Aktionsplänen müssen über das Auslaufdatum 2010 hinaus verstetigt werden.

Gerechtigkeit, Freiheit, Demokratie!

Das Wahljahr 2009 ist zugleich ein großes Gedenkjahr, auch an die bedeutenden gesellschaftlichen Umwälzungen 1989. Die politische Konkurrenz wird sich mühen, DIE LINKE mit Verweis auf Geschichte und historische Verantwortung mit Pauschalierungen zu diffamieren. Wir legen geschichtsbewusst die Priorität auf die Probleme der Gegenwart. 20 Jahre nach der Wende wird sich die Bundesrepublik fragen müssen, wie sie Freiheit und Gleichheit, Demokratie und Kapitalismus verbunden hat.

Der Bezug auf die Geschichte der Arbeiterbewegung, die Hoffnung auf eine friedliche Nachkriegsordnung nach 1945 und die Lehren aus dem Scheitern des Realsozialismus kennzeichnen DIE LINKE. Die Verbundenheit von Freiheit und Gleichheit verpflichtet die heutige LINKE zur demokratischen Kraft, die um gesellschaftliche Mehrheiten kämpft.

Ein Leben in Würde und Selbstbestimmung zu ermöglichen, bleibt das Ziel der LINKEN und vieler Menschen in diesem Land, denen wir eine politische Stimme geben wollen.

Ein klares

Stopp

zum Rechtsextremismus

Demonstration am 14. Februar in Dresden

Ablauf:

ab 13:00 Uhr	Demonstration durch das Zentrum
ca. 14:30 Uhr	Kundgebung an der Synagoge Dresden
ca. 16:00 Uhr	Konzert am Schlossplatz

Durch den DGB Region Sachsen-Anhalt/Süd wird ein Bus zur Verfügung gestellt.

Abfahrt ist zwischen 9:30 und 10:00 Uhr am Ernst-Kamieth-Platz.

Die Kosten betragen 10,- Euro.

Anmeldung bitte über den DGB.

„Es ist geschehen, folglich kann es wieder geschehen.“

Primo Levi

Aus Anlass des Gedenktages an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2009 erklärt Matthias Höhn, Landesvorsitzender der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt:

„Am 27. Januar gedenken wir der Opfer des Faschismus in Europa. Der Tag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz am 27. Januar 1945 steht konkret und symbolisch für das Leid von Millionen Opfern des Vernichtungskrieges, der rassistischen Ideologie und des staatlichen Terrors der Nationalsozialisten.

Dieser Tag mahnt uns, unteilbare Menschenrechte, Toleranz und Demokratie als wesentliche Grundlagen des Zusammenlebens zu verteidigen und auszubauen. Solidarisches Zusammenleben muss auch heute gegen antidemokratische und autoritäre Gefahren verteidigt werden. DIE LINKE fühlt sich diesem Anliegen in besonderer Weise verpflichtet. Dazu gehört kritische Bildung, die in Schule und Gesellschaft verankert ist, die sich historischer Verankerung stellt, die multikulturelle Kompetenz beinhaltet und sich der Herausforderungen der Gegenwart bewusst ist.“

Hartz IV mit einer bedarfsdeckenden sozialen Mindestsicherung überwinden

Die Fraktion DIE LINKE hat heute einstimmig Vorschläge für eine bedarfsdeckende soziale Mindestsicherung beschlossen. Dazu erklären Klaus Ernst, stellvertretender Vorsitzender von Partei und Fraktion DIE LINKE, und Katja Kipping, stellvertretende Parteivorsitzende und sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE:

„Hartz IV ist Armut per Gesetz. SPD und Grüne wie Union und SPD haben mit Unterstützung der FDP Millionen Menschen in ein System gezwungen, das Erwerbslose mit einer entwürdigenden Schnüffelpraxis gängelt und von Repression und sozialer Ausgrenzung geprägt ist. Zehntausende Widersprüche und Klagen zeigen, dass Hartz IV nicht nur ein schlechtes, sondern auch ein schlecht gemachtes Gesetz ist. Das Prinzip „Jede-Arbeit-ist-besser-als-keine“, entzieht Erwerbslosen und Erwerbstätigen gleichermaßen den Boden für die Durchsetzung ihrer Interessen und ihrer Würde, so dass Deutschland mittlerweile den größten Niedriglohnsektor aller Industriestaaten hat.

DIE LINKE ist angetreten, Hartz IV zu überwinden und einen wirksamen, verlässlichen, repressions- und diskriminierungsfreien Schutz vor Armut und sozialer Ausgrenzung zu gewährleisten. Mit unseren Vorschlägen für eine bedarfsdeckende soziale Mindestsicherung wird die Hartz IV-Logik durchbrochen und eine Perspektive für eine menschenwürdige soziale Absicherung eröffnet.

Die bedarfsdeckende soziale

Mindestsicherung wird nach folgenden Grundsätzen gestaltet:

- * Einen Rechtsanspruch auf Mindestsicherung haben alle Menschen, die über kein ausreichendes Einkommen oder Vermögen verfügen, um ihren sozialen und kulturellen Mindestbedarf zu decken, und die rechtmäßig in der Bundesrepublik Deutschland leben, einschließlich der Flüchtlinge.

- * Die Mindestsicherung orientiert sich am Individualprinzip, d.h. jeder bedürftige Mensch hat unabhängig von seinem Familienstand einen eigenen Anspruch. Unterhalt nach dem BGB wird als Einkommen angerechnet. Nichtrealisierte Unterhaltsansprüche werden auf den Träger der Mindestsicherung übergeleitet und von diesem zur Refinanzierung beigetragen. Die Bedarfsgemeinschaft wird abgeschafft. Nichteheliche Lebensgemeinschaften haben keine wechselseitige Unterhaltsverpflichtung.

- * Eine Bedarfsbemessungskommission, in der auch die Betroffenen vertreten sind, ermittelt den Bedarf für das soziokulturelle Existenzminimum und legt auf dieser Grundlage die Regelsätze und Mehrbedarfe für bestimmte Personengruppen fest, die jährlich entsprechend der Preisentwicklung

- * dynamisiert werden. Für Kinder und Jugendliche erfolgt eine Bedarfsermittlung für eine eigenständige Mindestsicherung.

- * Der Eckregelsatz wird in korrekter Umsetzung der Regelsatzbemessung nach dem SGB II sofort auf 435 € für Alleinstehende (Wert 2008) erhöht. Als Sofortmaßnahme zur Bekämpfung von

Kinderarmut wird die Höhe der Mindestsicherung für Kinder wie folgt angesetzt: Bis-zu-5-Jährige erhalten 276 €, 6-bis-11-Jährige 332 € und 12-bis-18-Jährige 358 €. Die Kindergelderhöhungen ab 2009 werden erst angerechnet, sobald die Höhe der Mindestsicherung für Kinder bedarfsdeckend bemessen ist.

- * Wohnkosten werden in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen (Kaltmiete plus Heiz- und andere Nebenkosten) übernommen, solange die Miete den Mittelwert des örtlichen Mietspiegels für eine Wohnungsgröße des Haushalts nach Kriterien des sozialen Wohnungsbaus nicht um mehr als 10 Prozent übersteigt.

- * Ein Umzug - frühestens nach einem Jahr Übergangsfrist - ist unzumutbar, wenn er eine soziale Härte darstellt oder wenn die Kommune keine angemessene Ersatzwohnung nachweisen kann.

- * Die Fiktion eines „Ansparens“ von Mitteln aus den Regelleistungen zur Deckung von Sonderbedarfen wird aufgegeben. Die Mindestsicherung kann nicht auf alle individuellen Problemlagen und Wechselfälle des Lebens reagieren, so dass Sonderbedarfe zu finanzieren sind.

- * Eigenes Einkommen und/oder Vermögen sind vorrangig einzusetzen. Um den Leistungsanspruch und seine Höhe festzustellen, ist eine Bedarfsprüfung unerlässlich. Diese wird auf ein bürgerrechtlich vertretbares, die Würde der Leistungsberechtigten achtendes Maß zurückgeführt. Wohnungsbesuche durch sog. Bedarfs-

ermittlungsdienste werden abgeschafft. Sparguthaben oder ähnliches bleiben bis zu einer Höhe von 20.000,- Euro pro Person anrechnungsfrei. Das Schonvermögen für die Altersvorsorge wird in der Ansparphase auf 700,- Euro pro Lebensjahr angehoben.

* Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung („Ein-Euro-Jobs“) werden durch den Ausbau regulär-tariflicher öffentlicher Beschäftigung ersetzt. Leistungsberechtigte haben Zugang zu allen Angeboten der Arbeitsförderung nach dem SGB III. Die Teilnahme an Maßnahmen der Arbeitsförderung ist freiwillig. Die bisherige Pervertierung der Arbeits- und Integrationsförderung wird grundsätzlich revidiert. Das Sanktionsregime des Konzepts „Fördern und Fordern“ wird abgeschafft.

* Die Bestimmungen für die Zumutbarkeit von Arbeitsangeboten sind grundlegend zu reformieren. Arbeit gilt erst dann als zumutbar, wenn sie ein Existenzsicherndes Einkommen schafft (bzw. einem gesetzlichen Mindestlohn nach Einführung entspricht), die berufliche Qualifikation der Betroffenen in Wert stellt, die Ansprüche an die Flexibilität und die Fahrtzeiten senkt und die nicht gegen die politische und religiöse Gewissensfreiheit verstößt.

* Leistungsberechtigte sind grundsätzlich verpflichtet, sich um Existenzsicherung durch eine entsprechende Erwerbstätigkeit zu bemühen. Es liegt in der Verantwortung des Staates, Rahmenbedingungen für ausreichend Existenzsichernde Arbeitsplätze zu schaffen. Es liegt in der Verantwortung des Einzelnen, zumutbare Arbeit zur men-

schenwürdigen Gestaltung seines Lebens zu nutzen. Insofern strebt die Linke keine Wahlfreiheit zwischen der Aufnahme zumutbarer Arbeit und dem Bezug von Leistungen der Mindestsicherung an. Jede und jeder hat das Recht, mit aufschiebender Wirkung die Zumutbarkeit angebotener Arbeit bezogen auf Leistungen nach dem SGB III (Arbeitslosengeld) überprüfen zu lassen. Der Schutz der Menschenwürde und insbesondere des Kindeswohls verbieten die Kürzung von Leistungen der gesetzlichen Mindestsicherung.

* Eine bedarfsdeckende soziale Mindestsicherung nach diesen Grundsätzen bricht mit Hartz IV

und ist der entscheidende erste Schritt, um Armut in Deutschland wirksam und nachhaltig zu überwinden. Die Aufgabe, Armut zu vermeiden und soziale Teilhabe zu ermöglichen, kann allerdings nicht von einem Mindestsicherungssystem allein geleistet werden. Dafür braucht es insbesondere einen armutsfesten gesetzlichen Mindestlohn und die Fortentwicklung der Sozialversicherungen zu Bürger- bzw. Erwerbstätigenversicherungen, in denen das Solidarprinzip gestärkt wird und zu deren Finanzierung hohe und höchste Einkommen angemessen herangezogen werden.“

Klaus Ernst, Katja Kipping

Gerechte Besteuerung von Millionären ist die beste Schuldenbremse

Zu der von Sachsens Ministerpräsidenten Tillich erneut angefachten Debatte um eine Schuldenbremse erklärt Oskar Lafontaine, Vorsitzender der Partei und der Bundestagsfraktion DIE LINKE:

„Die gesetzliche Schuldenbremse berücksichtigt nicht, dass ein wirtschaftlicher Einbruch, wie ihn Deutschland und die gesamte Weltwirtschaft derzeit erfahren, staatliche Ausgabenprogramme notwendig macht, um den Ausfall privater Nachfrage auszugleichen und Betriebe und Arbeitsplätze zu schützen. Eine Schuldenbremse im Grundgesetz würde ein entsprechendes Gegensteuern zukünftig verhindern.“

Die Forderung nach einer Schuldenbremse will außerdem davon ablenken, dass die gerechte Besteuerung sehr hoher Einkommen und Vermögen ein wirksames Mittel zur Vermeidung höherer Staatsschulden ist. Die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung verfügen über 60 Prozent des gesamten Vermögens. Die ärmsten zehn Prozent sind dagegen verschuldet. Die Steuerpolitik der Regierung Merkel hat dazu beigetragen, dass sehr hohe Einkommen und Vermögen in unzulässiger Weise entlastet wurden und damit eine höhere Staatsverschuldung erzwungen. Die Besteuerung von Millionären und Multi-Millionären würde sich auch nicht negativ auf die Konjunktur auswirken.“

Sozialabbau und Abbau von Bürgerrechten im Gleichschritt



Jan Korte, Mitglied des Parteivorstandes und für DIE LINKE im Innenausschuss des Bundestages, fordert nach dem Überwachungs-skandal bei der Bahn eine rasche Überarbeitung des Datenschutzgesetzes:

„Zum einen müssen die Sanktionsmöglichkeiten ausgeweitet und die Strafmaße erhöht werden. Die Überwachung von Mitarbeitern, ganz gleich, ob es nun zwei oder wie bei der Bahn 173 000 sind, ist kein Kavaliersdelikt.“ Mit Blick auf die Finanz- und Wirtschaftskrise weist er darauf hin, dass DIE LINKE als einzige Partei „den Zusammenhang zwischen sozialer Gerechtigkeit und Freiheitsrechten erkennt und entsprechend handelt.“

Nach Lidl und der Telekom hat jetzt auch die Bahn ihren Datenschutzskandal. Gleich mehrfach sollen nahezu alle der 240 000 Bahn-Mitarbeiter in den zurückliegenden Jahren überprüft worden sein.

Erliegen Mehdorn, Oppermann & Co. in luftiger Höhe ihrer Chefetagen irgendwelchen Allmachtsphantasien oder sind die Konzernspitzen angesichts der weltweiten Krise einfach nur zutiefst verunsichert?

Mit der aktuellen Krise hat die tausendfache verdachtsunabhängige Überwachung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gar nichts zu tun. Bei dem aktuellen Fall Deutsche Bahn sprechen wir über einen Zeitraum von 2002 bis 2005. Bei der Telekom liegen - die zumindest bis dato - bekannten Überwachungsfälle auch einige Zeit zurück. Soll heißen: Bereits vor der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise haben die Konzernspitzen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter überwachen bzw. überprüfen lassen. Die Gründe dafür liegen also tiefer. Sie sind meines Erachtens in dem im Kapitalismus herrschenden Verhältnis zwischen Konzern-

chef und Mitarbeiter und in dem gestörten Verhältnis der privaten Wirtschaft zum Datenschutz zu suchen.

Müssen Unternehmen nicht aber die Datensammelwut des Staates geradezu als Einladung für sich selbst verstehen?

Es ist richtig, dass der Staat in den vergangenen Jahren, insbesondere aber nach den Anschlägen vom 11. September 2001, den Überwachungsdruck erhöht hat. Freiheits- und Grundrechte wurden aufgeweicht, teilweise sogar bewusst ignoriert. Hiervon betroffenen sind u.a. das Recht auf informationelle Selbstbestimmung oder der Artikel 13 Grundgesetz, also das Recht der Unverletzlichkeit der Wohnung. Die nun in die Schlagzeilen gekommenen Unternehmen haben aber vor allem den Umstand ausgenutzt, dass sowohl Rot-Grün als auch die Große Koalition am Datenschutzrecht nichts nachgebessert haben. Die geltenden gesetzlichen Datenschutzvorschriften sind der technisierten Arbeits- und Lebenswelt schon lange nicht mehr gewachsen.

Diese firmeninternen Spionageaktionen haben nach ihrem Be-

kanntwerden jeweils zu einem öffentlichen Aufschrei - auch von Politikern - geführt. Für eine bessere Regelung des Datenschutzes hat es aber noch nicht gereicht. Du bist für DIE LINKE Mitglied im Innenausschuss des Bundestages. Das Thema müsste doch ganz oben auf Eurer Tagesordnung stehen. Besonders nach dem Bekanntwerden der Datenschutzskandale war der Aufschrei auch in der Politik groß. Ein Datenschutzgipfel jagte den nächsten. Und richtig, in deren Folge hatte das Thema „Novellierung des Datenschutzrechtes“ Hochkonjunktur. Den schönen Worten folgte wenig. Im vergangenen Dezember wurden selbst parteiübergreifend unumstrittene Gesetzesinitiativen immer wieder mit der Koalitionsmehrheit von der Tagesordnung des zuständigen Innenausschusses genommen.

Was müsste im Datenschutzgesetz konkret geregelt werden, um die Bürgerinnen und Bürger wirklich vor Datenmissbrauch zu schützen?

Zum einen müssen die Sanktionsmöglichkeiten ausgeweitet und die Strafmaße erhöht werden. Die Überwachung von Mitarbeitern,

ganz gleich, ob es nun zwei oder wie bei der Bahn 173 000 sind, ist kein Kavaliersdelikt. Zum zweiten braucht es endlich einen Arbeitnehmerdatenschutz und eine Anpassung des aktuellen Datenschutzrechtes an die zunehmende Technisierung der Arbeits- und Lebenswelt. Dazu gehört u. a. sich der Frage des Adresshandels oder der Sicherheit im Internet zuzuwenden. Besonders wichtig ist für DIE LINKEN jedoch, dass die Landesdatenschutzbeauftragten und der Bundesdatenschutzbeauftragte materiell und personell überhaupt in die Lage versetzt werden, Datenschutzverstöße zu ermitteln, zu sanktionieren und Konzerne genauer unter die Lupe zu nehmen. Wichtig ist zudem, bundesweit Aufklärung zu organisieren, die die Bürger in Bezug auf den Umgang mit ihren personenbezogenen Daten sensibilisiert.

Und wie will der Gesetzgeber sicherstellen, dass Datenschutzregelungen in ein paar Jahren nicht schon wieder von den technischen Möglichkeiten überholt worden sind?

Nun, zum einen ist es notwendig, dass Bundestag und Bundesregierung die jährlichen Berichte des Bundesdatenschutzbeauftragten ernst nehmen. Daraus muss dann automatisch eine kontinuierliche Arbeit für den Datenschutz, auch im Parlament, folgen. Zum zweiten sollte der Punkt Datenschutz bei jedem Gesetzgebungsverfahren gesondert beachtet und geprüft werden. Zum dritten kommt es aber nun darauf an, das Datenschutzrecht erstmal auf die Höhe der Zeit zu bringen. Und auch wenn sich vieles in unserer Lebens- und Ar-

beitswelt rasant verändert - es ist bei weitem nicht so, dass das Rad täglich neu erfunden werden muss.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist in den Medien und angesichts steigender Arbeitslosenzahlen mehr und mehr wohl auch für die Menschen das beherrschende Thema. Was unternimmt DIE LINKE, damit rechtsstaatliche Fragen jetzt nicht unter den Tisch fallen?

DIE LINKE ist die einzige Partei, die den Zusammenhang zwischen sozialer Gerechtigkeit und Freiheitsrechten erkennt und entsprechend handelt. Es gibt einen offensichtlichen Gleichschritt zwi-

schen dem aktuellen Sozialabbau und dem Abbau von Bürgerrechten. Mit der Frankfurter Erklärung hat die Linksfraktion im Bundestag darauf aufmerksam gemacht, dass Gerechtigkeit in einer Gesellschaft nur existieren kann, wenn es ein Mehr an Demokratie und ein Mehr an Mitbestimmung auch in den Betrieben gibt.

Mit einer Mitbestimmung der Arbeitnehmerschaft lassen sich aus unserer Sicht Probleme der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise sozial gerechter lösen. Und: Mit einer wirklichen Mitbestimmung der Arbeitnehmer ließen sich zugleich Überwachungsaktionen von Konzernspitzen verhindern.

Fraktion DIE LINKE: Volle Übereinstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden

Zu den Forderungen der kommunalen Spitzenverbände des Landes hinsichtlich der raschen Umsetzung des Konjunkturprogramms erklärt der Vorsitzende der Fraktion Wulf Gallert:

„Die Forderung des Städte- und Gemeindebundes und des Landkreistages nach einer raschen Umsetzung des Konjunkturprogramms durch pauschale Zuweisungen findet die volle Unterstützung der LINKEN.

Das von der LINKEN vorgelegte 11-Punkte-Programm für Sachsen-Anhalt erhebt diese Forderung ebenfalls. Dem großen kommunalen Investitionsbedarf muss unbürokratisch und schnell Rechnung getragen werden.

DIE LINKE fordert die Landesregierung auf, die Umsetzung des Konjunkturprogramms des Bundes umgehend in Angriff zu nehmen und es mit eigenen Maßnahmen zu begleiten. Die für das Land zu erwartenden ca. 475 Mio. Euro müssen zügig und zielgenau eingesetzt werden, sollen sie denn überhaupt noch eine konjunktur-stabilisierende Wirkung erzielen.“

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail info@dielinke-halle.de
Sven Knöchel (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck

Erscheinungsweise: 14 - täglich

Auflage: 650 Exemplare

Spendeerbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:

05.02.2009

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 19.02.2009

Europa- und Kommunalwahl am 7. Juni 2009 und Bundestagswahl am 27. September 2009

Sehr geehrte Damern und Herren,

in diesem Jahr sind die Bürger der Stadt Halle (Saale) aufgerufen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen und die Abgeordneten des Europäischen Parlaments, den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) sowie die Abgeordneten des Deutschen Bundestages zu wählen.

Die Stadtverwaltung ist mit der Umsetzung der organisatorischen Aufgaben betraut worden.

Das Amt für Bürgerservice übernimmt diese Aufgaben in Zusammenarbeit mit anderen Ämtern.

Für die organisatorische Absicherung der Wahlen ist die Stadt Halle (Saale) wieder auf die Hilfe vieler ehrenamtlicher Helfer angewiesen.

Mit diesem Schreiben möchte ich Sie bitten, mich bei der Gewinnung von Wahlhelfern für die beiden Wahltermine zu unterstützen. Für die 171 Wahllokale der Stadt Halle (Saale) werden ca. 1.500 Personen pro Wahltermin in ein Wahlehenamt berufen.

Gemäß § 9 Abs. 2 Bundeswahlgesetz und § 12 Abs. 1 Kommunalwahlgesetz des Landes Sachsen-Anhalt sollen bei der Berufung der Wahlhelfer Vorschläge der im Wahlgebiet vertretenen Parteien und Wählergruppen berücksichtigt werden.

Bitte informieren Sie Ihre Mitglieder über mein Anliegen und nutzen Sie beiliegende Liste, um mir bis zum 2. März 2009 die Personen mitzuteilen, die ein Wahlehenamt übernehmen.

Bereitschaftsmeldungen können auch per E-mail, Fax oder telefonisch übermittelt werden.

(E-Mail: wahlamt@halle.de; Tel.: 221 4609/4607; Fax: 221 4617)

Ich bedanke mich im Voraus.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Bernd Wiegand

Am 27.02.09 trifft sich um 17:00 Uhr die Landes- arbeitsgemeinschaft Grundeinkommen im „Riff“, dem Jugendclub der Theaterinsel.

Wir führen eine Veranstaltung zum Thema:

„Klimawandel - ein Killer für das Grundeinkommen?“

mit dem Philosophen und Sozialökologen Dr. Maik Hosang durch.

Dr. Hosang ist für diese Veranstaltung wie kein anderer geeignet.

Unterstützt durch den Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen gründete er 1993 ein sozialökologisches Modellprojekt, das

LebensGut in Pommritz. Hier wurden praktische experimentelle Erfahrungen mit einem Grundeinkommen gesammelt.

Weitere Informationen gibt es in der nächsten Ausgabe des Linken Blattes.

Wolfgang Geuitjes

**„Kostenfreie Stadtführung
zum Weltgästeführertag
Sonnabend, den 21. Februar 2009
Treffpunkt 11.00 Uhr vor der
Touristinformation/ Marktschlösschen“**

rls

Rosa-Luxemburg-Stiftung

17.02., 18:00 Uhr,

Kino Lux, Seebener Straße 172

„Spurensuche- Familiengeschichte und Nationalsozialismus“, vierteilige Filmreihe mit Gespräch

Film 1:

„Der gute Vater - eine Tochter klagt an“

mit Beate Niemann, Tochter des Gestapo-Beamten Bruno Sattler

26.02., 15:00 Uhr

Bürgerhaus „alternativE“

Gustav-Bachmann-Straße 33,

„(K)ein Ende des

Kopftuchstreites“

mit Dr. V. Schubert-Lehnhardt